

Kohlekraftwerke: Umweltminister Sander erkennt Handlungsbedarf für Stade

Gespräch der drei Bürgerinitiativen Stade-Altes Land, Bützfleth und Haseldorfer Marsch mit Umweltminister Sander und Mitarbeitern im Niedersächsischen Landtag am 18.02.2009

Auf Anfrage der Bürgerinitiativen vermittelte der Landtagsabgeordnete Kai Seefried (CDU) für eine Delegation von 12 BI-Mitgliedern ein Treffen am 18.02.2009 mit Umweltminister Sander in Hannover. An dem Treffen nahm außer dem Minister und seinen Beratern auch die für den Landkreis Stade zuständigen Abgeordneten der CDU, Kai Seefried und Helmut Dammann-Tamke, teil.

Zu Beginn des Gespräches stellten die BI'n ihre Positionen dar: Reinhard Elfring erläuterte die ungeheuerliche Belastung der Untereiseregion mit acht geplanten Kohlekraftwerken und weiteren immissionsrelevanten Industriebetrieben. Niels-Peter Rühl aus der Haseldorfer Marsch bedauerte das Fehlen von Energiekonzepten und die mangelnde Abstimmung zwischen den Bundesländern Niedersachsen und Schleswig-Holstein bezüglich der massiven, Umwelt belastenden Industriekonzentration in Stade. Dr. Jochen Witt wies auf die Folgekosten der Umweltbelastungen (Schäden im Obstbau, Deichsicherheit, Sturmschäden) hin, die durch die Industriebetriebe verursacht, jedoch allein von den Steuerzahlern getragen werden müssen. Der Minister ging auf diese Problematik leider nicht ein, bestätigte jedoch, dass es weder auf Bundes- noch auf Landesebene ein Energiekonzept gäbe, welches die zukünftige Energieversorgung gesetzlich steuert. Er bat seine Mitarbeiter, die diesbezüglichen fachlichen Grundlagen für eine Kabinettsvorlage zu erarbeiten.

Der Umweltminister ist, wie die Bürgerinitiativen, der Meinung, dass die Genehmigung nach Bundesimmissionsschutzgesetz (BImSchG) durch das Gewerbeaufsichtsamt für eine Betriebsgenehmigung nicht ausreichend ist. Vielmehr sollte es eine Vorhabensgenehmigung geben, die auch Aspekte wie z.B. die Nachbarschaft zur Wohnbebauung, die Nähe zu Naturschutz- und Obstanbaugebieten und die Ballung von Industriebetrieben in einer Region berücksichtigt. In diesem Zusammenhang hält Minister Sander eine Massierung von Kohlekraftwerken in der Stader Region für die Umwelt und die Bevölkerung für nicht zumutbar. Deswegen will der Umweltminister prüfen lassen, ob die Genehmigungsverfahren für weitere Kohlekraftwerke in Stade zunächst ausgesetzt werden können.

Zur Sicherung des Industriestandortes Stade befürwortet der Minister lediglich ein einziges Kohlekraftwerk mit größtmöglicher Kraftwärmekopplung, welches zum einen den Strom- und Wärmebedarf der ansässigen Industrie deckt und zum anderen die Elbe vor unnötiger Wärmezufuhr bewahrt.

Für ein neues, effizienteres Kohlekraftwerk muss, laut Absichtserklärung des Umweltministers, im Gegenzug ein altes Kohlekraftwerk verbindlich abgeschaltet werden. Die BI-Mitglieder bekräftigten diese Forderung durch den Hinweis, dass der Markt allein dieses nicht regeln wird. Denn: alte, abgeschriebene Kraftwerke sind für die Energieunternehmen wie „Gelddruckmaschinen“.

Das einstündige Gespräch fand in einer offenen, konstruktiven und positiven Atmosphäre statt. Abschließend wurde vereinbart, die Umsetzung der angestrebten Ziele noch vor der Sommerpause (bis Juni) bei einem weiteren Gespräch zu überprüfen. Dazu wurde eine Einladung des Ministers nach Stade von den Bürgerinitiativen ausgesprochen.

Bürgerinitiative Stade Altes-Land

Bürgerinitiative Bützfleth

Bürgerinitiative Haseldorfer Marsch